

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Um die **Einrichtung der neuen Pflegestützpunkte** geht es auf Seite 2.

Außerdem ist hier ein Artikel über die Debatte zum **Freiheits- und Einheitsdenkmal in Leipzig** zu finden.

Es knirscht in der Koalition, stellt Rolf Schwanitz in seinem Kommentar auf Seite 2 fest.

Das **Wohl der Kinder** beim Unterhaltsrecht steht auf Seite 3 an erster Stelle.

Berichtet wird hier daneben über einen **Besuch von Rolf Schwanitz** in einem **Zentrum für Arzneimittelbeobachtung**.

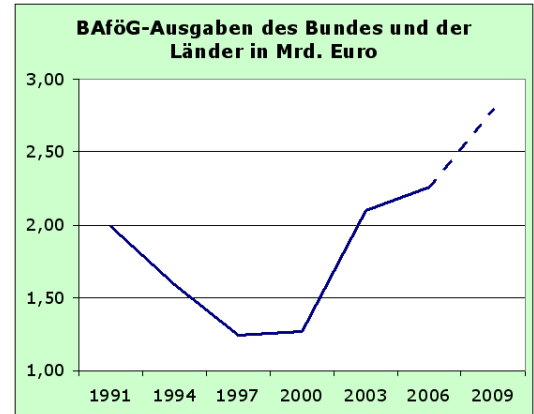
Die **Reform der Erbschaftsteuer** und das **Ärgerthema Antidiskriminierungsgesetz** sind die Themen auf Seite 4.

Um die Bekämpfung des **Rechtsextremismus** ist Gegenstand von Seite 5.

Auf der letzten Seite stellt sich **Claudia Blume**, neue Mitarbeiterin von Rolf Schwanitz, vor. Außerdem geht es dort um eine **Anhörung zum Gendiagnostikgesetz**. Und die **frechen Strolche** machen sich hier Gedanken über die **Tagesordnung des vogtländischen Kreistags**. Und selbstverständlich sind auf Seite 6 auch wieder die Termine der nächsten **Bürgersprechstunden** zu finden.

Mehr Chancengleichheit

Der Deutsche Bundestag hat bei der Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) eine Erhöhung der Bedarfssätze um 10 Prozent und der Freibeträge um 8 Prozent zum nächsten Wintersemester beschlossen. Der Förderungshöchstsatz steigt damit von 585 Euro auf 643 Euro. Dafür hatte sich die SPD in der Regierungskoalition eingesetzt. Denn die BAföG-Sätze wurden einige Jahre nicht mehr angepasst. So konnte die Bundesausbildungsförderung ihrer zentralen Aufgabe - Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien ein Studium zu ermöglichen - immer weniger gerecht werden. Rolf Schwanitz kommentierte das Nachgeben der Union so: "Durch die Erhöhung der Freibeträge werden viele junge Menschen einen BAföG-Anspruch erhalten, die diesen heute nicht haben. Der Beschluss steht damit in voller Kontinuität zur erfolgreichen BAföG-Politik der früheren rot-grünen Bundesregierung. Die Union hat dagegen in Regierungsverantwortung zuletzt 1993 einer Erhöhung des BAföG zugestimmt und das BAföG vor zwei Jahren noch als Auslaufmodell bezeichnet. Der Beschluss ist also ein großer Erfolg der SPD." Schwanitz erinnerte auch daran, dass nach der Regierungsübernahme durch Helmut Kohl 1983 die Förderung durch das BAföG systematisch zurückgefahren wurde und immer mehr Studierende durch unzureichende Anpassung der Elternfreibeträge aus der Förderung heraus fielen. 1998 bekamen nur noch 225.000 Studierende BAföG und die Gesamtausgaben waren auf 1,2 Milliarden Euro gesunken. Erst die BAföG-Reform der damaligen rot-grünen Bundesregierung brachte den Studierenden wieder mehr Geld, höhere Freibeträge sowie erstmals auch einheitliche Beträge in Ost und West. In der Folge verdoppelte sich die Zahl der geförderten Studierenden auf etwa 500.000, und die BAföG-Ausgaben stiegen auf 2,26 Milliarden Euro. Gleichzeitig begannen mehr Menschen zu studieren. Derzeit sind es 35,3 Prozent eines Jahrgangs (1998: 27,7 Prozent). Dazu sagte Schwanitz: "Das ist im internationalen Vergleich immer noch zu wenig. Wir wollen, dass mindestens 40 Prozent eines Jahrgangs studieren. Auch deshalb müssen wir die Bedarfssätze und Freibeträge erhöhen."



Es wurde wieder mal Zeit



Das dachte sich Rolf Schwanitz, als er im Oktober erfuhr, dass ein erneuter Umzug seines Abgeordnetenbüros notwendig ist. Inzwischen ist der neunte Büroumzug seit 1999 für ihn aber schon wieder Geschichte. Die Umzugskartons sind ausgepackt, die Bilder hängen an den Wänden und die Computertechnik arbeitet. Das neue Büro befindet sich wie schon in den Jahren 2001 bis 2005 im Paul-Löbe-Haus, benannt nach dem langjährigen sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten, und ist unter der gleichen Telefonnummer und Faxnummer wie früher erreichbar. Die meisten anderen sächsischen Kollegen sind in der Nähe zu finden. So auch der CDU-Bundestagsabgeordnete aus dem Vogtland, Robert Hochbaum, dessen Büro direkt über den neuen Räumen von Rolf Schwanitz liegt.

Nur knappe Mehrheit gegen Doppelstandort für Freiheits- und Einheitsdenkmal Berlin/Leipzig



Der Leipziger SPD-Bundestagsabgeordnete Gunter Weißgerber setzte sich für den Doppelstandort ein (© Deutscher Bundestag/Meldepress/Benjamin Wolfgarten)

erzwingen, dass ein Freiheits- und Einheitsdenkmal nicht nur in Berlin, sondern auch in Leipzig errichtet wird. "Unsere Initiative richtet sich nicht gegen Berlin", stellte Schwanitz klar. "Aber die Öffnung der Grenzen und die Schaffung der Einheit war nicht denkbar, ohne den Mut der vielen tausend friedlichen Demonstranten im Herbst 1989. Deshalb darf die künftige Erinnerung nicht auf den

Der Antrag der Abgeordnetengruppe Weißgerber, Fornahl, Violka, Schwanitz (Erstunterzeichner) und andere ist bei der Abstimmung Anfang November im Plenum des Deutschen Bundestages nur knapp gescheitert. Mit dem Antrag wollten die Abgeordneten

9. November und auch nicht nur auf Berlin reduziert werden". Auch wenn der Gruppenantrag selbst keine Mehrheit fand, so war das Abstimmungsergebnis im Plenum dennoch erstaunlich knapp. Der Antrag wurde von einer großen Zahl von Abgeordneten der

SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen unterstützt. Hätten mehr CDU/CSU-Abgeordnete für den Antrag votiert, wäre eine klare Mehrheit entstanden. Das gilt ausdrücklich auch für die CDU-Abgeordneten aus Sachsen! Diese hatten sich auf Druck des Abgeordneten Vaatz fast alle gegen den Doppelstandort Berlin/Leipzig gewandt. Bundestagspräsident Lammert musste sich am Schluss bei der Stimmzählung erst mit den Schriftführern konsultieren, um festzustellen: "Das Präsidium ist sich einig, dass der Änderungsantrag zwar eine überraschend große Zustimmung, aber keine Mehrheit gefunden hat." Lammert stellte für sich klar, dass dies nicht das Ende der Debatte über einen gemeinsamen Standort ist. Schwanitz kommentiert dazu: "Das sehe ich genauso!"

Kompetente Beratung rund um die Pflege

Wer wünscht sich das nicht: Bei bester Gesundheit 100 Jahre alt werden, rüstig und selbstbestimmt sein Leben auch im Alter gestalten, die Enkel und Ur-enkel aufwachsen sehen und schließlich im Kreise der Lieben friedlich einschlafen. Doch so ein Lebensabend ist leider nicht allen Menschen vergönnt. Also was tun, wenn die Gesundheit nachlässt? Wenn häusliche oder stationäre Pflege unumgänglich wird?



© adel_33/PIXELIO

Hier sind von Betroffenen und deren Angehörigen die richtigen Entscheidungen zu treffen. Um sie dazu in die Lage zu versetzen, plant die Bundesregierung eine Beratung in Pflegestützpunkten. Verantwortlich für die Errichtung dieser Pflegestützpunkte sind die Pflegekassen, die bei den Krankenkassen angegliedert sind. Für jeweils 20.000 Einwohner soll ein Pflegestützpunkt entstehen. Wie dies im Vogtland realisiert werden kann, besprach der Parlamentarische Staatssekretär Rolf Schwanitz am 20. November 2007 mit den Verantwortlichen der Region. Dabei verdeutlichte er, dass dies bedeutet, beginnend ab 2008,

im Vogtland 13 Pflegestützpunkte zu errichten. Da der Aufbau von Pflegestützpunkten in gemeinsamer Trägerschaft von Pflege- und Krankenkassen sowie den zuständigen Stellen von Land und Kommune erfolgen soll, sind hier auch der Vogtlandkreis und die Stadt Plauen gefordert. Ziel ist eine wohnortnahe Pflegeberatung. Das verbessert das Angebot individueller, am Bedarf orientierter Hilfen und erhöht zugleich die Lebensqualität für Ältere im Wohnquartier. Details müssen rechtzeitig koordiniert und abgestimmt werden. Freie Träger und Pflegedienstleister können einbezogen werden. Nur wer rechtzeitig aufgestellt ist, kann auf die vom Bund in Aussicht gestellte Förderung zurückgreifen.

Kurz kommentiert

Es knirscht in der Koalition

Die Beispiele sind zahlreich. In vielen Feldern der Politik streiten und ringen die Großkoalitionäre in diesen Tagen um gemeinsame Lösungen. Ganz neu ist das nicht. Aber die Schwere der Konflikte nimmt eindeutig zu. Wer hier auf das Kanzleramt als Krisenmanager setzt, wird tief enttäuscht. Die Kanzlerin gefällt sich auf der internationalen Bühne und vom Amtschef war eigentlich schon von Anfang an nichts zu sehen. Wie haben sich da die Zeiten geändert! Der Streit um den Postmindestlohn markiert eine neue, negative Qualität. Hätte man geahnt, dass Deutschland in der EU als einziger den Postmarkt öffnet, wäre diese Entscheidung nie gefallen. Wenn die CDU nun weder die Öffnung verhindern, noch tarifliche Mindestlöhne zulassen will, so regiert das Interesse von Springer und Co. vor dem Gemeinwohl. Es ist grotesk, dass man sich beim strategisch nachrangigen aber populären ALG I schnell einigt, der Mindestlohn aber zugleich an die Wand fährt. Soll das die Perspektive sein, wenn in der EU die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit kommt? Zurück zur Vernunft, meine Dame und Herren!

Rolf Schwanitz



Wohl der Kinder steht an erster Stelle



Minderjährige Kinder sollen beim Unterhalt Vorrang haben
© Maren Beßler/PIXELIO

Der Deutsche Bundestag hat Anfang November die Reform des Unterhaltsrechts zum 1. Januar 2008 beschlossen. Das Wohl der Kinder soll dann bei Trennungen künftig an erster Stelle stehen. Deshalb wird minderjährigen Kindern mit dem ersten Rang ein Vor-

rang vor allen anderen Unterhaltsberechtigten eingeräumt. Erst nach ihnen kommen die Ansprüche derjenigen Unterhaltsberechtigten, die ein Kind betreuen - unabhängig davon, ob sie verheiratet waren oder nicht. Um das in der Ehe gewachsene Vertrauen zu

schützen, befindet sich im zweiten Rang auch der Ehegatte, der keine Kinder betreut - sofern die Ehe von langer Dauer war. Erst im dritten Rang sind die Unterhaltsansprüche der Ehegatten ohne Kinder bei Ehen von "kurzer" Dauer. Außerdem konnte die SPD

durchsetzen, dass beim Betreuungsunterhalt ledige und geschiedene Mütter bzw. Väter gleichgestellt werden. Der Unterhaltsanspruch wegen Pflege oder Betreuung des gemeinsamen Kindes besteht hier dann einheitlich für mindestens drei Jahre. Daneben gibt es Vereinfachungen durch die Festlegung eines einheitlichen Mindestunterhalts minderjähriger Kinder und die Neuregelung der Kindergeldverrechnung. Dadurch wird die bisherige Differenzierung zwischen Kindern in den alten und neuen Ländern aufgehoben. Rolf Schwanitz hält die Reform für einen wichtigen Schritt hin zu einer modernen Familienpolitik und sagte: "Endlich ist auch die Union in der Wirklichkeit angekommen und nimmt von ihrem verstaubten und realitätsfernen Familienbild Abschied."

Kurz gemeldet

Steuermehreinnahmen

Bund, Länder und Gemeinden können gegenüber der Schätzung vom Mai dieses Jahres im laufenden Jahr mit zusätzlichen Steuereinnahmen von 4,6 Milliarden Euro rechnen. Für 2008 geht der Arbeitskreis Steuerschätzung von einem Plus von 4,9 Milliarden Euro aus. Allein für den Bund ergibt sich der Schätzung zufolge in diesem Jahr ein Plus von 1,4 Milliarden Euro. Für 2008 gibt es für den Bund im Vergleich zur Mai-Schätzung keine Abweichung. Insgesamt werden die Steuereinnahmen voraussichtlich im Jahr 2007 bei 538,9 Milliarden Euro und im Jahr 2008 bei 555,6 Milliarden Euro liegen.

Reformen im Arzneimittelbereich wirken

Der neue Arzneiverordnungs-Report 2007 zeigt, dass die Reformmaßnahmen zur Erschließung von Wirtschaftlichkeitsreserven in der Arzneimittelversorgung wirken. So lag die Zunahme der Arzneimittelausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung im ersten Quartal 2006 noch bei 10,5 Prozent. Nach Inkrafttreten des Arzneimittel-Wirtschaftlichkeitsgesetzes sanken die Ausgaben unter Vorjahresniveau, so dass im Gesamtjahr die Steigerung auf 1,8 Prozent begrenzt blieb. Die Autoren des Reports führen dies im wesentlichen auf eine erfolgreiche Ausgabensteuerung durch das Gesetz zurück. Wichtig waren dabei u. a. die Zuzahlungsbefreiung für Arzneimittel, deren Apothekenverkaufspreis mindestens 30 Prozent unter dem Festbetrag liegt und der Generikaabschlag in Verbindung mit dem Verbot von Naturalrabatten.

Besuch im Zentrum für Arzneimittelbeobachtung

Am 5. November besuchte Staatssekretär Schwanitz das Zentrum für Pharmakovigilanz im Sophien-Klinikum Weimar. Pharmakovigilanz umfasst alle Beobachtungen bei der Anwendung von Medikamenten, um Nebenwirkungen einer Arzneitherapie zu erkennen und Fehlanwendungen zu vermeiden. Die Arzneimittelsicherheit ist nicht nur bei der Zulassung neuer Medikamente ein zentrales Thema. Viele Probleme können oft erst danach, unter den realen Anwendungsbedingungen des medizinischen Alltags, erkannt werden. Und noch immer werden in Deutschland Arzneimittel zu viel und oft zu wenig abgestimmt verordnet und angewendet. Experten gehen davon aus, dass jährlich ca. 25.000 Pa-

tienten durch unerwünschte Arzneimittelwirkungen sterben (mehr als im Straßenverkehr). Deshalb hat das Bundesgesundheitsministerium den Ausbau von Pharmakovigilanzzentren an ausgewählten Kliniken beschlossen. Im Zentrum in Weimar wird bei der Aufnahme der Patienten gezielt nach unerwünschten Arzneimittelwirkungen gesucht. Diese werden erfasst, gemeldet und deutschlandweit bei der Zulassungsbehörde des Bundes ausgewertet. Mit diesen Zentren entsteht ein neues, wichtiges Frühwarnsystem im Interesse der Patientensicherheit in Deutschland.

cherheit in Deutschland. "Wenn wir durch die elektronische Gesundheitskarte in den nächsten Jahren auch die Arzneimitteldokumentation bis zur Arztpraxis verbessern, entstehen völlig neue Möglichkeiten, solche Fehlwirkungen zu vermeiden", so Schwanitz bei dem Besuch.

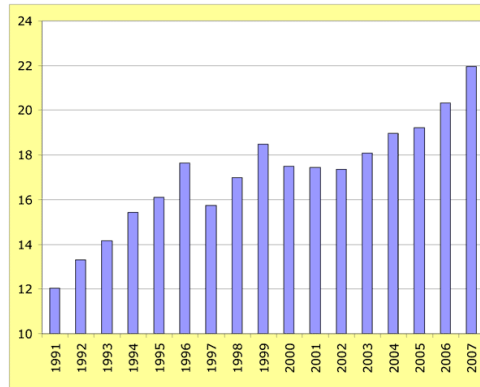


Viele Probleme mit Medikamenten werden erst unter realen Anwendungsbedingungen erkannt
© Siggibau/PIXELIO

Reform der Erbschaftsteuer

Die von der Regierungskoalition eingerichtete Arbeitsgruppe zur Neuregelung des Erbschaftsteuerrechts hat kürzlich ihre Ergebnisse vorgestellt. Danach sollen die Freibeträge für Erben im engeren Familienkreis (Ehepartner, Kinder, Enkel) kräftig angehoben werden, um die höhere Immobilienbewertung auszugleichen. Selbstgenutzte Immobilien bleiben damit in der Regel weiterhin von der Erbschaftsteuer befreit. Entfernte Verwandte und übrige Erben werden dagegen künftig höhere Steuern zahlen. Eingetragene Lebenspartnern wird dabei aber derselbe Freibetrag wie Ehepartnern (500.000 Euro) zugestanden. Dadurch wird der Erbfall unter Lebenspartnern in nahezu allen Fällen steuerfrei sein. Unternehmenserben müssen künftig mindestens 15 Prozent des Unternehmens-

wertes versteuern. Der Rest der Steuer kann vermieden werden, wenn der Betrieb mit mindestens 70 Prozent der vorherigen Lohnsumme fortgeführt wird. Das Erbschaftsteuererwerb wird mit etwa 4 Mrd. Euro im Jahr auf dem bisherigen Niveau liegen. Für Rolf Schwanitz wäre ein höheres Aufkommen wünschenswert: Aus Gründen der Steuergerechtigkeit und um anstehende Aufgaben z.B. im Bildungsbereich besser zu bewältigen. Dies hat die Union leider verhindert. Trotzdem begrüßte Schwanitz die gefundene Lösung:



Entwicklung der Steuern auf Vermögensbesitz & -verkehr (Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Grundsteuer, Grunderwerbsteuer) in Milliarden Euro

"Die Vermögensteuer wird nicht mehr erhoben, weil CDU/CSU und FDP 1996 eine fristgerechte Neuregelung blockierten. Dies wurde bei der Erbschaftsteuer verhindert. Wir können hier später immer noch Veränderungen vornehmen. Deshalb ist die Neuregelung ein wichtiger Erfolg für die SPD!"

Gastkommentar

Vogtlandarena - Touristisches Highlight der Region

Über 80.000 Besucher (ohne Veranstaltungen) seit September 2006 können nicht irren. Die Großschanze in der Vogtlandarena ist ein lohnendes Ausflugsziel für die Besucher unserer schönen Heimat. Und auch für mich ist es immer wieder ein Erlebnis, wenn ich die 300 m mit dem Aufzug nach oben fahre. Wer dann noch mit dem gläsernen Außenfahrstuhl auf die Ablaufplattform der Skispringer fährt, bekommt die volle Dimension und Größe der Anlage vor Augen geführt. Es sind schon beeindruckende Daten, die man auf den Hinweisschildern lesen kann. Der Anlaufurm ist 30 m hoch. Die Anlaufspur ist 105 m lang und die Springer erreichen beim Absprung Geschwindigkeiten von 94 km/h. Von oben auf dem Turm bis unten ins Tal wird ein Höhenunterschied von 135 m überwunden. Der Schanzenrekord liegt bei 144 m. Mittlerweile dürften auch die letzten Kritiker der Anlage verstummt sein. Nicht nur die Touristen nehmen die Anlage an, sondern sie genießt bei den Springern und Trainern aus aller Welt einen exzellenten Ruf. Klingenthal wird ab 2009 im Weltcup der Skispringer vertreten sein, und wir freuen uns schon jetzt auf den Weltcup der Nordisch Kombinierten im Januar 2008.

Manfred Deckert

Präsident des VSK Klingenthal, Kandidat der SPD für das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Auerbach

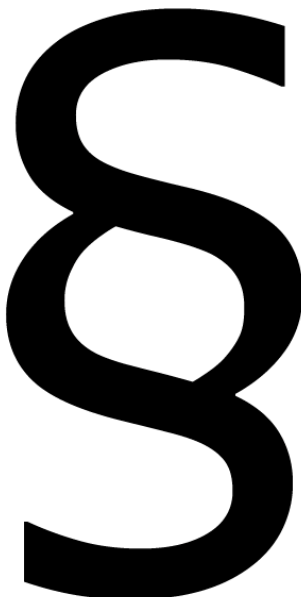


Ärgerthema: Antidiskriminierungsgesetz

Lange hat es gedauert, bis im vergangenen Jahr endlich das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in Kraft trat. Die von der SPD geführte Bundesregierung konnte das Gesetz wegen

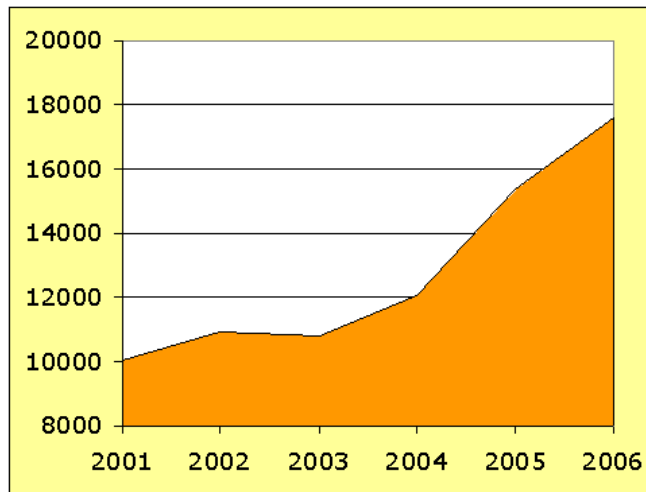
der Blockade der Union im Bundesrat zunächst nicht durchsetzen. Dies gelang erst in der Koalition mit der CDU/CSU. Erinnert werden soll daran, dass die Gegner des Gesetzes aus den Reihen von Union, FDP und den Wirtschaftsverbänden die schlimmsten Horrorszenerarien an die Wand malten. Von Prozesslawinen, der Abschaffung der Vertragsfreiheit, einem bürokratischen Monster und Missbrauch war die Rede. Kaum etwas davon ist jedoch bisher eingetreten. Das Gesetz

wird weitgehend geräuschlos umgesetzt. Ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes wies die Datenbank "Juris" nur 23 Entscheidungen zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz aus. Davon waren elf der Verwaltungsgerichtsbarkeit, acht der Arbeitsgerichtsbarkeit, zwei der Sozialgerichtsbarkeit und zwei der ordentlichen Gerichtsbarkeit zuzurechnen. Auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes kann sich nicht gerade über zu viel Arbeit beklagen. Im ersten Jahr des Inkrafttretens wurden dort lediglich 1900 Kontakte registriert, wobei nur 40 Prozent der Anfragen von Betroffenen kamen. Als Fazit bleibt also: Alle Diffamierungen und Horrorszenerarien der Konservativen über das Antidiskriminierungsgesetz haben sich als falsch erwiesen.



Dem Rechtsextremismus entgegentreten

Der Rechtsextremismus in Deutschland hat sein Gesicht verändert. Mit hoher Gewaltbereitschaft und Aggressivität werden Menschen gejagt und unsere demokratischen Werte bekämpft. Derzeit werden drei Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund pro Tag verübt – die Tendenz steigt. Gleichzeitig versuchen die Rechten, antidemokratische Parolen und Positionen in die Mitte der Gesellschaft zu transportieren. Nicht mehr nur "Ausländer raus" lautet die Parole. Vielmehr setzen die Rechten heute Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit mit ökonomischen Themen wie der Arbeitsmarktlage oder der Kritik an Globalisierung und Kapitalismus in Verbindung. Unter dem Deckmantel der Vertretung vermeintlicher sozialer Interessen verfolgen die alten und neuen Nazis weiter ihr Ziel: Die Beseitigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zugunsten eines völkischen Führerstaats. Rechtsextremismus ist in den Köpfen der Menschen, im öffentlichen Raum und auch wieder in den Parlamenten anzutreffen. Dabei entsprechen die Protagonisten nicht dem stereotypen Bild vom glatzköpfigen, bildungs- und sozialschwachen Schläger in Bomberjacke und Springerstiefeln: Immer öfter treten Alt- und Neu-Nazis getarnt als Biedermänner in Erscheinung. Seit 2004 sitzt die NPD im Sächsischen Landtag. An der Sacharbeit in den Ausschüssen beteiligt sie sich nicht. Wessen Geistes Kind sie aber sind, demonstrieren sie immer wieder in den Plenumsdebatten. So verhöhnnten sie die Opfer der Nazi-Diktatur. In Deutschland lebende Ausländer und Asylbewerber werden pauschal ver-



Zahlenmäßige Entwicklung der politisch rechts motivierten Straftaten in Deutschland

unglimpft und beleidigt. Und die Rechten treten immer häufiger ungeniert öffentlich auf. So wurde bei einer NPD-Veranstaltung in Plauen ein Cateringunternehmen aus Markneukirchen gesehen. Rolf Schwannitz schrieb daraufhin die IHK, die DEHOGA Sachsen und die Stadtoberhäupter von Plauen und Markneukirchen an. In seinem Schreiben rief Rolf Schwannitz zu couragiertem Verhalten im Hotel- und Gaststättengewerbe auf, denn "jegliche Geschäftsmacherei mit den Feinden unserer freiheitlichen Grundordnung (muss) auch als direkter Schlag gegen die sich für Freiheit und Demokratie engagierende Bürgerschaft empfunden werden." Insbesondere verwies er auf die Absage des Geschäftsführers des Holiday Inn Dresden, der zwei führenden NPD-Fraktionsmitgliedern öffentlich mitteilte, dass sie nicht willkommen sind. Als einzige Reaktion auf das Schreiben meldete sich der Lebensgefährte der Geschäftsführerin des Cateringunternehmens bei Rolf Schwannitz und teilte ihm mit, dass beide nicht geschäftlich vor Ort tätig waren. Vielmehr sei-

en sie Mitglieder der NPD und hätten aus Interesse die Zusammenkunft besucht. Das öffentliche Bekenntnis zur NPD und ihren verfassungsfeindlichen Zielen scheint mittlerweile etwas Selbstverständliches zu sein. Notwendig ist dagegen unmissverständlich klar zu machen: Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung wird in Deutschland nicht toleriert. Dabei sollte jeder Einzelne eingreifen, wenn rechtsextremes Gedankengut verbreitet wird – egal ob im Privat-, Arbeits- oder Geschäftsleben. Wir dürfen nicht die Augen verschließen, sondern müssen offen rechtsextremen Bestrebungen entgegentreten und Stellung beziehen.



Kurz gemeldet

Deutschland weiter Spitze

Ein neuer Bericht vergleicht Europas Gesundheitssysteme und zeigt eindrucksvoll, wie sich die Systeme im Zehnjahresvergleich von 1994 bis 2004 entwickelt haben. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass Deutschland beim personalen Versorgungsangebot mit Ärzten, der Vorhaltung von Betten in Krankenhäusern sowie bei der Vorsorge und den Rehabilitationseinrichtungen weiterhin eine Spitzenposition einnimmt. Festgestellt wird auch, dass deutsche Patienten beim Selbstzahlungsanteil mit 12 Prozent aller Gesundheitsausgaben im unteren Mittelfeld Europas (EU-15 Durchschnitt 14,3 Prozent) liegen. Eine Kurzfassung des Berichts steht unter www.basys.de zum Download zur Verfügung.

Zahl der Mutter-Kind-Kuren steigt

Im ersten Halbjahr 2007 sind die Ausgaben der Krankenkassen für Mutter/Vater-Kind-Kuren um mehr als 16 Prozent gestiegen. Es wurden deutlich mehr Kuranträge von den Krankenkassen bewilligt und die Nachfrage nach diesen Maßnahmen ist deutlich gestiegen. Alle Einrichtungen haben Belegungssteigerungen und sind bis Ende des Jahres ausgebucht. Die Ablehnungsquote von Erstanträgen ist im 1. Halbjahr 2007 im Vergleich zum Vorjahr von 32 auf 28 Prozent gesunken. Es gibt aber auch noch Umsetzungsschwierigkeiten bei einigen Krankenkassen. So werden 45 Prozent aller Anträge auf Grund des Prinzips "ambulant vor stationär" abgelehnt, obwohl dies für den Bereich Mutter/Vater-Kind-Maßnahmen nicht gilt.

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-22777937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708486
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

Sie finden mich auch im Internet:

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

24.11.2007, 14 Uhr, Treffen
Initiativkreis BA-Plauen

26.11.2007, 10 Uhr, Fach-
tagung des VdK Sachsen in
Leipzig

27.11.2007, 15 Uhr, SPD-
Landesgruppe Ost in Berlin

29.11.2007, 17 Uhr, Dis-
kussion mit Besuchergrup-
pe aus dem Vogtland in
Berlin

5.12.2007, 14 Uhr, Diskus-
sion mit Besuchergruppe
aus dem Vogtland in Berlin

6.12.2007, 18 Uhr, Sitzung
des SPD-Ortsvereins Rei-
chenbach

14.12.2007, 18 Uhr, Lan-
desvorstand der SPD-
Sachsen in Dresden

Die nächste Bürger- sprechstunde:

Plauen, Donnerstag, den
6.12.2007, 12 bis 14 Uhr,
im Wahlkreisbüro von Rolf
Schwanitz, Freiheitsstr. 13

Reichenbach, Donnerstag,
den 6.12.2007, 15 bis 17
Uhr, im SPD-Büro, West-
str. 14

Anhörung gibt Hinweise

Die hauptsächliche Gesetzgebungsarbeit im Deutschen Bundestag findet bekanntlich nicht im Plenarsaal, sondern in den einzelnen Ausschüssen statt. Die Ausschussarbeitsgruppen der Fraktionen beschäftigen sich hier intensiv mit dem jeweiligen Gesetzentwurf, bilden sich einen Standpunkt und bereiten die Ausschusssitzungen vor. Der federführende Ausschuss selbst wiederum gibt nach Abschluss seiner Beratungen

agnostikgesetzes der Fall. An der Anhörung des Gesundheitsausschusses im großen Saal des Bundesfinanzministeriums in der Berliner Wilhelmstraße nahm für das BMG auch Rolf Schwanitz teil. In den Erklärungen der Sachverständigen und in den schriftlichen Stellungnahmen kamen gegenüber dem Gesetzentwurf sowohl Zustimmung als auch Ablehnung der Interessen- und Berufsverbände sowie Wissenschaftler zum Aus-



© Michael Bührke/PIXELIO

dem Plenum eine Beschlussempfehlung, die in der Regel auch vom ursprünglichen Gesetzentwurf abweicht. Bei wichtigen oder komplizierten Gesetzesvorhaben führen die Ausschüsse zudem meist öffentliche Anhörungen von Sachverständigen durch. Dies war Anfang November auch beim von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Entwurf eines Gendi-

druck. Rolf Schwanitz verfolgte die dreistündige Anhörung sehr aufmerksam, denn als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium ist er für das Thema zuständig. Schwanitz dazu: "Die Anhörung gab mir auch wichtige Hinweise für den gegenwärtig im Bundesgesundheitsministerium vorbereiteten Gesetzentwurf der Bundesregierung zu dieser Thematik."

Freche Strolche



He Maxe, wo willst'n hi so eilig?

Halt mi net auf Moritz. I muss zu mei Schnellrednerkurs.

Was'n für e Schnellrednerkurs Maxe?

Na für mei polidische Bildung. Ich gandidier doch für'n neie Kreisdag.

Das is aber briema Maxe! Aber wieso brauchst'n du da en Schnellrednerkurs?

Na weschn der Tachesordnung im Kreisdag Moritz.

Das versteh i net, Maxe!

Das is doch ganz einfach Moritz.

Zum Beispiel diese Woch: Da fange die um viere aa un tachen rund 3 Stunne. In dere Zeit beredn die 35 Tachesordnungspunkte mit 23 verschiedene Vorlachen. Wenn nur zu 12 Vorlachen jede Bardei nur 2 Minude was sache will, dann bleibe für de restliche 23 Punkte un die 11 Vorlache gerade ma 31 Sekundn pro Tachesordnungspunkt.

Das is ja furchtbar, Maxe! Wie willst'n das nur aushalde?

Da gibt's nur 2 Möglichkeiten Moritz: Entweder als Schnellredner oder als Landrat!

Neue Mitarbeiterin im Berliner Büro

Seit Mitte Oktober wird das Berliner Büro von Rolf Schwanitz durch eine neue Mitarbeiterin verstärkt. Claudia Blume ist 32 Jahre alt, stammt aus Frankfurt/Oder und lebte einige Jahre in Sachsen, bevor es sie nach Berlin verschlug. Die Volljuristin ist seit über 10 Jahren SPD-Mitglied und wird sich im Abgeordnetenbüro hauptsächlich mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigen.

